

Das Getreideabkommen der Kriegsparteien veranschaulicht die globale Nahrungskrise

von: Willy Sabautzki, 04.08.2022



2016 | Jim Choate, Flickr | CC BY-NC-ND 2.0

Das vereinbarte Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der Türkei ist ein erster Schritt zur Linderung der sich verschärfenden globalen Nahrungskrise. Mitte Juli dieses Jahres war in Istanbul ein Koordinationszentrum eröffnet worden. Die Vertreter der Ukraine und Russlands sowie der Türkei und der Vereinten Nationen sollen künftig gemeinsam die Durchfahrt ukrainischer Frachtschiffe mit Getreide an Bord auf festgelegten Routen überwachen. In den ukrainischen Häfen sind wegen des russischen Angriffskrieges seit Ende Februar bis zu 20 Millionen Tonnen Getreide gelagert. Ein erstes Schiff hat mit 26.000 Tonnen nach monatelangem Stillstand des Hafenbetriebes Odessa in Richtung Libanon verlassen.

80 Schiffe sollen jedoch weiter an den Schwarzmeerhäfen der Ukraine festliegen, nachdem die von ukrainischer Seite verminten Häfen nicht gänzlich von Minen befreit sind, was die Manövrierfähigkeit der getreidebeladenen Schiffe beeinträchtigt und zusätzlich den Abtransport der Getreidelieferungen verzögert. Zudem fehle es auch an Personal, um die Schiffe wieder in Betrieb zu nehmen. [Zu Beginn des Konflikts Ende Februar](#) waren laut der Nachrichtenagentur Reuters etwa 2.000 Seeleute aus aller Welt in ukrainischen Häfen gestrandet.

Es wird erwartet, dass nur wenige Seeleute bereit sind, in die Region zu reisen, bis sie die sichere Passage der ersten Schiffe sehen, die um Seeminen herumgeführt werden müssen. Der internationale Versicherungsmarkt hat die gesamte Region als Hochrisikogebiet bewertet, was neben den Spekulations-Gewinnen mit landwirtschaftlichen Rohstoffen durch die marktbeherrschende „ABCD-Gruppe“ weiter steigende Kosten für Getreidelieferungen bedeutet. Die „ABCD-Gruppe“ bilden vier Konzerne, die den internationalen Im- und Export von Agrar-Rohstoffen dominieren: Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und die Louis Dreyfus Company. Diese handeln und transportieren, sind aber auch im Verarbeitungsprozess vieler Rohstoffe tätig und bestimmen somit weitestgehend diesen Teil des Welthandels. Die Konzerne besitzen Hochseeschiffe, Häfen, Eisenbahnen, Raffinerien, Silos, Ölmühlen

und Fabriken. Ihr Weltmarktanteil liegt bei 70 Prozent. [Cargill ist die Nummer eins, gefolgt von ADM, Dreyfus und Bunge.](#) In einer aktuellen Analyse betonen Börsenanalysten, dass es die derzeitigen extremen Preisschwankungen bei Agrarstoffen, wie sie auch auf den Aktienmärkten zu beobachten sind, zuvor nicht gegeben hat. Es gilt als empirisch belegbar, dass die Märkte in Krisenzeiten besonders sensibel und geradezu hysterisch um Super-Profite konkurrieren. „Angst und Gier sind die vorherrschenden Emotionen an den Börsen und sie sind die Triebfedern für die großen Übertreibungen bei den Kursen, in völlig überzogene Höhen als auch ungerechtfertigte Tiefen.“

Auswirkungen der Exportblockade

Die seit Monaten bestehende Exportblockade trifft insbesondere ärmere Länder, die stark von Importen aus Russland und der Ukraine abhängig sind. Versorgungsunterbrechungen in der Schwarzmeerregion haben in Verbindung mit den in 20 Ländern verhängten Ausfuhrbeschränkungen zu vorübergehenden Engpässen, Lieferverzögerungen, Alternativkäufen und Panikkäufen auf dem Getreideweltmarkt geführt. Das Ergebnis sind dramatische Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die den Hunger in vielen der ärmsten und am stärksten gefährdeten Regionen der Welt noch verschärfen.

Die Preise für Weizenexporte erreichten im März einen 14-Jahres-Höchststand und lagen 20 % über den Preisen vom Februar; Mais erreichte derweil den höchsten Preis seit Beginn der Aufzeichnungen, da die Invasion in der Ukraine in Kombination mit schlechten Ernteprognosen infolge der zu erwartenden Witterungsbedingungen die Weltmarktpreise in die Höhe treibt. [Am 8. April meldete die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation](#) [Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen \(FAO\)](#) zum dritten Mal in Folge einen Rekord bei den Lebensmittelpreisen, die um 34 % höher waren als ein Jahr zuvor.

Ein Sonderbericht von IPES-Food, ein 2015 gegründetes Gremium, das die Debatten über die Reform des Lebensmittelsystems durch politikorientierte Forschung und direkte Einbindung in politische Prozesse auf der ganzen Welt mitgestaltet, zeigt die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die weltweite Ernährungssicherheit auf. Der Bericht identifiziert dabei die zugrundeliegenden Schwachstellen und Verkrustungen in Bezug auf die vorherrschenden Produktionsmuster und Importabhängigkeiten und klimabedingten Versorgungsengpässe, insbesondere des globalen Südens. Zudem werden die Hortung von Getreide und die Rohstoffspekulation als Schlüsselfaktoren dargestellt, die dazu beitragen, dass sich die derzeitigen Versorgungsengpässe in der Nahrungsmittelversorgung in eine ausgewachsene Lebensmittelpreiskrise verwandeln könnten.

Bedrohung der Ernährungssicherheit

Der Krieg in der Ukraine bedroht, wie in vielen anderen Konfliktgebieten der Welt infolge kriegerischer Auseinandersetzungen, die Ernährungssicherheit. Wie eingangs erwähnt hat die Unterbrechung des ukrainischen und russischen Getreidehandels erhebliche Auswirkungen auf die globalen Lieferketten. [Ägypten, der größte Weizenimporteure der Welt, hat Verträge über die Lieferung von insgesamt 240.000](#)

Tonnen ukrainischen Weizens storniert. Die Versorgungsunterbrechungen in der Schwarzmeer-region haben zudem auch in Verbindung mit den in 20 Ländern verhängten Ausfuhrbeschränkungen zu vorübergehenden Engpässen, ins Stocken geratenen Lieferungen und Panikkäufen geführt. Das Ergebnis waren dramatische Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die den Hunger in vielen der ärmsten und am stärksten gefährdeten Regionen der Welt noch verschärfen.

Die weltweite Getreideproduktion dürfte auch durch einen Rekordanstieg der Düngemittelpreise beeinträchtigt werden, die maßgeblich durch Lieferunterbrechungen aus Russland und Weißrussland entstanden sind. Über 30 Länder sind für mindestens 30 % ihres Weizenimportbedarfs von Russland und der Ukraine abhängig, und mindestens 20 Länder beziehen über 50 % ihrer Weizeneinfuhren aus diesen beiden Ländern. Diese Länder sind sehr anfällig für die durch Preisspekulationen auf dem Getreideweltmarkt ausgelösten Preissteigerungen. Fast 40% der gesamten afrikanischen Weizenimporte kommen aus Russland und der Ukraine. Getreide aus der Schwarzmeerregion macht einen großen Teil der Einfuhren von Eritrea (100%), Somalia (mehr als 90%) und mehr als 80% der Demokratischen Republik Kongo aus. Steigende Weizenpreise haben bereits dazu geführt, dass sich der Brotpreis im Sudan fast verdoppelt hat und im Libanon um 70 % angestiegen ist. Die Kosten für die Einfuhr von Weizen sind in Kenia und Ägypten um 33 % gestiegen. Bereits vor dem Ukraine-Krieg waren die weltweiten Lebensmittelpreise im Vergleich zum Vorjahr um 20 % angestiegen. Die steigenden Energiepreise und die Transportkosten der Schifffahrt dürften ursächlich dafür ausschlaggebend gewesen sein.

Die weltweite Zahl der unterernährten Menschen wird nach jüngsten Prognosen im Zeitraum von Anfang des Jahres (2022 kurzfristig zum Jahresende um 13,1 Millionen ansteigen - davon 5,1 Millionen in Afrika südlich der Sahara und 6,4 Millionen im asiatisch-pazifischen Raum. Die aktuellen Preisschocks kommen zu der schweren Dürre am Horn von Afrika hinzu, die 20 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind. Die Ukraine-Krise birgt daher die Gefahr, dass die Hoffnung auf die Beseitigung des Hungers bis im Jahr 2030, einem wichtigen Meilenstein bei der Verwirklichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in weite Ferne rückt.

Die Auswirkungen der eingeschränkten Getreidelieferungen und Preisentwicklungen auf Länder, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, werden sich noch verschärfen, wenn die gegenwärtige Sanktionspolitik der westlichen „Wertepartner“ weitere Länder dazu zwingt, Exportverbote zu verhängen. Zu den Ländern, die infolge des Krieges die Einschränkungen ihrer Getreide- und Pflanzenölexporte erleben, zählen neben der Ukraine und Russland auch Indonesien, Ungarn, Moldawien, Serbien und Argentinien.

Bis Anfang Mai 2022 hatten wie erwähnt etwa 20 Länder Lebensmittelausfuhrverbote verhängt. Diese und andere Ausfuhrbeschränkungen wie Genehmigungspflichten betreffen 17% der weltweit gehandelten Lebensmittelkalorien; nach Angaben der WTO entspricht das in etwa der Größenordnung der Exportbeschränkungen im Jahr 2008. Länder, die solche Beschränkungen verhängen, versuchen in der Regel, ihren Zugang zur heimischen Versorgung zu sichern und angesichts der Instabilität des Weltmarkts die Preise im eigenen Land niedrig zu halten.

Lebensmittelpreis-Krisen und Schuldenlasten

Mit der vielfach erörterten weltweiten Finanzkrise in den Jahren 2007-2008 ging auch eine Lebensmittelpreis Krise einher. Viele Analysten weisen für die Volatilität der Lebensmittelpreise als Ursache die Finanzspekulationen auf den Rohstoffmärkten hin. In einer Informationsnotiz von 2010 kam der damalige UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, zu dem Schluss, dass ein erheblicher Teil der in den Jahren 2007-2008 beobachteten Preisvolatilität „nur durch das Aufkommen einer durch das Entstehen einer Spekulationsblase erklärt werden kann“. Er verweist dabei auf den Eintritt von „großen, mächtigen institutionellen Anlegern wie Hedgefonds, Pensionsfonds und Investmentbanken auf den Rohstoffderivatemärkten, die sich im Allgemeinen nicht um die Grundlagen des Agrarmarktes kümmern“.

Aktuell sind die meisten von Lebensmittelimporten abhängigen Ländern bereits hoch verschuldet: Vor Beginn der Krise gaben die Entwicklungsländer durchschnittlich 16 % ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aus. Die Notwendigkeit, Schulden zu bedienen und hohe Rechnungen für Nahrungsmittelimporte (in der Leitwährung \$ zu bezahlen, müssen sie hohe Deviseneinnahmen beschaffen. Um dies zu erreichen, versuchen viele der besagten Länder, die Exporte von Cash Crops (Pflanzen-, Tier- und Forstprodukte) zu steigern. Um den Anbau von Grundnahrungsmitteln für den heimischen Verbrauch oder die Diversifizierung ihrer Landwirtschaft zu organisieren, fehlen diesen Ländern in der Regel die Mittel und die Expertise. Dadurch bleibt ihre Abhängigkeit von Grundnahrungsmittelimporten auf lange Sicht bestehen.

Während die dominanten Zentralbanken die steigende Preissteigerung **durch zinspolitische Maßnahmen fälschlicherweise einzudämmen versuchen**, sehen sich die Länder, die netto Nahrungsmittel importieren und dafür auf Kredite angewiesen sind, nun mit überdurchschnittlich hohen Kreditkosten konfrontiert. Die ansteigende Neuverschuldung wird diese Länder in ihrer Fähigkeit einschränken, Investitionen für die Zukunft z.B. zum e Neu- bzw. Wiederaufbau von Produktionskapazitäten für Nahrungsmittel, die Organisation von Selbstversorgung zu tätigen, oder die Bereitstellung grundlegender sozialer Schutzmaßnahmen abzusichern.

Gewaltsame Konflikte und Klimawandel verstärken Armut und Hunger

Eine weitere strukturelle Schwäche, die die derzeitige Krise offenbart hat, ist die Tatsache, dass Hunderte von Millionen von Menschen nicht über das Einkommen oder die Mittel verfügen, um die Preisentwicklungen abzufedern. Mehr als 50 % der Bauern und Landarbeiter leben in mehreren Ländern des globalen Südens mit der größten Landbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Ländern mit niedrigem Einkommen geben mehr als 60 % ihres Einkommens für Lebensmittel aus, so dass selbst geringe Preissteigerungen verheerende Auswirkungen haben können.

Bis zu 811 Millionen Menschen hungerten im Jahr 2020, als die COVID-Pandemie ausbrach. In Indien wurden beispielsweise viele der 139 Millionen Wanderarbeiter des Landes vertrieben, als plötzliche Schließungen der Betriebe sie von ihren Lebensgrundlagen abschnitten. Klimawandel und Versorgungskrisen bewirken ein

anhaltend hohes Maß an Armut und Hunger.

In seiner Berichterstattung über „Hunger-Hotspots“ gibt das Welternährungsprogramm (WFP) gewaltsame Konflikte als Hauptursache für den weltweiten Hunger an. Der Ukraine-Krieg ist in seinen Auswirkungen auf die globalen Getreidemärkte die bisher wahrscheinlich größte Einschränkung des Welthandels. Diesen Konflikt miteinbeziehend gibt es heute über 40 aktive Konfliktzonen, in denen mehr als zwei Milliarden Menschen betroffen sind und davon die Hälfte in extremer Armut lebt.

Der IPCC schätzt, dass der Klimawandel das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivität seit 1961 um 21 % verringert hat, und zwar in Afrika und Lateinamerika um bis zu 34 %. (Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Klimakatastrophe beinhaltet der [isw-report 130: 30 Jahre in Etappen in die Klimakatastrophe](#), 2022) Wichtige landwirtschaftliche Regionen sind derzeit mit den schlimmsten Dürreperioden seit Jahrzehnten, unter anderem in weiten Teilen Westasiens und Nordafrikas, am Horn von Afrika, Teilen Brasiliens und Argentinens sowie dem Mittleren Westen Nordamerikas. Madagaskar steht nach vier Jahren ohne Regen vor einer Hungersnot. [Der jahrelange Abbau von Bodenschätzen ohne Aufbauleistung in eine versorgungssichernde Wirtschaft führt die Inselbevölkerung in eine nicht aufzuhaltende Katastrophe.](#)

Der Klimawandel wiederum verschärft den Wettbewerb um Land und Ressourcen und treibt die Menschen in die Armut. Weltweit werden Millionen von Menschen vertrieben und zur Migration gezwungen, als Folge von klimatischen Veränderungen, großen Infrastrukturprojekten, welche die heimischen Wirtschaftsstrukturen durch die Förderung von Monokulturen, Landraub in ihrer Unterentwicklung und „kolonialen Abhängigkeit“ belassen.

Gegenseitig verstärken sich die anhaltenden planetarischen Bedrohungen und führen für Millionen von Menschen in eine vom Hunger gezeichnete Lebenserwartung. Unzählige Beispiele dafür wären hier zu nennen (1, 2). Nach Angaben der UN Global Crisis Response Group sind etwa 69 Länder, in denen 1,2 Milliarden Menschen leben – [in erheblichem Maße von Instabilität in den Bereichen Ernährung, Energie und Finanzen betroffen.](#)

Es besteht die große Gefahr, dass für eine wachsende Zahl von Regionen eine katastrophale Ernährungssicherheit zur neuen Normalität wird, wenn diese Zyklen nicht durchbrochen werden. In den kommenden Jahren, wenn die Länder versuchen, Wirtschaftskorridore zu sichern, werden die geopolitischen Spannungen wahrscheinlich zunehmen und mit ihnen das Risiko weiterer Konflikte und Unterbrechungen in der Ernährungssicherheit.

Diese Anfälligkeiten sind seit Jahren sichtbar: Forderungen nach erneuten Investitionen in soziale Schutzsysteme und Sozialschutzsysteme und Armutsbekämpfung gehörten zu den Imperativen, die aus der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 und der darauffolgenden weltweiten Rezession. Doch die von der Weltgemeinschaft beschlossenen Maßnahmen an dieser Front waren eindeutig unzureichend, wie die Tatsache zeigt, dass es nicht gelungen ist, die Umkehrung der Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt in den letzten 6-7 Jahren zu

verhindern. Angesichts einer noch höheren Schuldenlast nach dem COVID und steigenden Rechnungen für Lebensmittelimporte stehen einkommensschwache Länder weiterhin vor fast unüberwindbaren Hindernissen, Sozialschutzsysteme aufzubauen.

Weltweit werden voraussichtlich 274 Millionen Menschen bis Ende 2022 auf humanitäre Hilfe angewiesen sein (17 % mehr als gegenüber 2020). Auch in einer Reihe von reichen Ländern und Ländern mit mittlerem Einkommen sind die sozialen Sicherheitsnetze einem Zusammenbruch nahe, da die grassierenden Ungleichheiten zu einer „Lebenskostenkrise“ für Haushalte mit niedrigem Einkommen geführt haben. Die Lebensmittelpreise werden in den kommenden Monaten weiter ansteigen und verschärfen den Zustand sozialer Spaltung und ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Dringende Maßnahmen zur Unterstützung der nahrungsmittelimportierenden Länder einschließlich eines Schuldenerlasses und ein wirksames Einschreiten gegen die Rohstoffspekulation gehören zu den Forderungen einer fortschrittlichen Politik. Für eine weiterführende Diskussion sei an dieser Stelle auf das 28.-isw-Forum, 24. Sept verwiesen. Auch zur Verringerung der Abhängigkeit von Düngemitteln und fossilen Energieträgern in der Nahrungsmittelproduktion sind politisch erforderliche Maßnahmen zur Initiierung einer ernsthaften sozial-ökologisch geprägten Landwirtschaftspolitik für Deutschland und eine internationale Entwicklungspolitik aufzusetzen, die Länder des globalen Südens befähigt zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung von sozialen Sicherungssystemen befähigt. In Summe bedeutet das also, die Förderung von Diversifizierung der Nahrungsmittelproduktion voranzutreiben und die globale Ernährungssicherheit zu fördern.